



04.10.2018

**Anregungen und Informationen
an die
Mitglieder des Komitees
«Nein zum schleichenden EU-Beitritt»
für Leserbriefe und
persönliche Stellungnahmen**

Bundesbern und Brüssel

Zahlen für noch mehr EU-Druck

Der Bundesrat spendiert bedingungslos die zweite Kohäsionsmilliarde – die EU reagiert darauf mit Druck und Diktat. Als hätte es noch eines weiteren Beweises bedurft für die naive Verhandlungstaktik des Bundesrats gegenüber einer immer frecheren EU. Dieser folgte keine Stunde nach den Ausführungen des Schweizer Aussenministers vor den Bundeshausmedien.

Die Aussagen des Aussenministers hatten klargemacht, dass der Bundesrat den Zeitplan der EU akzeptiert, dass Verhandlungsfortschritte zu verzeichnen seien, und eben, dass man freiwillig weitere 1,3 Milliarden zahlen wolle. Zudem sollen namentlich die SP-Bundesräte helfen, die Gewerkschaften zur Aufweichung bestehender Lohnschutzmassnahmen bei der Personenfreizügigkeit zu bewegen.

Die Reaktion der EU im Wortlaut: «Bis Mitte Oktober sollen Resultate vorliegen,» sagte eine Sprecherin. Die EU-Kommission habe wiederholt betont, dass sie weiterhin in gutem Glauben bereit sei zu verhandeln. Entscheidend sei, dass in den nächsten Wochen Fortschritte in den noch offenen Punkten gemacht würden. «Jene, die Geschäfte im EU-Binnenmarkt tätigen wollen,» fuhr die Sprecherin fort, «müssen sich nach den Regeln richten.» Sie meinte natürlich die Regeln der EU.

Bundesrätliches Trauerspiel

Das bedeutet im Klartext: Die Schweiz hat sämtliches künftiges EU-Recht zu übernehmen, das «binnenmarktrelevant» ist. Kommt es zum Streit, entscheidet bei Gesetzesauslegungen letztinstanzlich der EU-Gerichtshof – Schiedsgerichtslösungen hin oder her. Sollte die Schweiz eine Entscheidung des EU-Gerichtshofs nicht übernehmen können oder wollen, zum Beispiel, weil das Stimmvolk an der Urne in einer Referendumsabstimmung Nein sagt, kann die EU gegenüber der Schweiz Sanktionen erlassen, sie abstrafen. Ein gutgläubig-dümmlich verhandelnder Bundesrat fährt nun also in seinem Bestreben fort, mit Milliardenzahlungen eine EU gut stimmen zu wollen, um für die Galerie das eine oder andere Konzessionen in untergeordneten Detailfragen zu erreichen. Die Gegenseite im Verhandlungspoker aber, die EU, spricht darauf nicht an. Im Gegenteil. Sie droht, sie diktiert, sie erpresst. So – und nicht wie der Bundesrat sie darstellt – präsentiert sich heute die Sachlage. Es stellt sich darob ernsthaft die Frage, wie lange man dem Bundesrat bei diesem Trauerspiel noch zusehen muss. Die zweite bedingungslose Kohäsionsmilliarde ist für die EU übrigens selbstverständlich. «Wir betrachten den Beitrag als natürliche Folge des Schweizer Zugangs zum EU-Binnenmarkt», beschied Brüssel.

Quelle: von Beni Gafner, Bundeshauskorrespondent der Basler Zeitung (BaZ), Ausgabe vom 29. September 2018

EU-No/us

www.eu-no.ch
www.ue-non.ch
www.ue-no.ch